



# 2020/11 Ausland

<https://ads.jungle.world/artikel/2020/11/power-union>

**Das Arbeitsrecht in den USA muss reformiert werden, um gewerkschaftliche Organisierung zu erleichtern**

## Power in the Union

Von **Julia Hoffmann**

**Seit Jahrzehnten schrumpfen die Gewerkschaften in den USA. Das US-amerikanische Arbeitsrecht ist veraltet und bedarf einer Überarbeitung, um den Bedürfnissen der Arbeitnehmer gerecht zu werden.**

Tischkicker, Biolimonade und frisches Obst. Was braucht es mehr, um Mitarbeiter eines jungen, hippen Unternehmens zu glücklichen und motivierten Menschen zu machen? Freilich, ein gutes Gehalt sollte schon drin sein. Aber Tarifverträge, Krankenversicherung oder gar betriebliche Mitsprache gehören in den allermeisten US-amerikanischen Technologiefirmen nicht zum Alltag.

Nur sechs Prozent der Arbeiterinnen und Arbeiter in privatwirtschaftlichen Unternehmen sind noch Mitglied einer Gewerkschaft. Die Crowdfunding-Plattform Kickstarter aus New York will dies nun ändern. Bei Kickstarter gründete sich im Februar eine Gewerkschaft, mit 46 zu 37 Stimmen entschied sich die Belegschaft für die Mitgliedschaft in der Office and Professional Employees International Union (OPEIU). Die Gewerkschaft ist in den USA und Kanada aktiv und vertritt etwa 105 000 Büroangestellte aus dem öffentlichen und privaten Sektor. Es ist das erste Mal, dass sich die Belegschaft eines bekannten US-amerikanischen Tech-Unternehmens überhaupt gewerkschaftlich organisiert.

Die Stärkung der Gewerkschaften sei die effektivste Strategie zur Bekämpfung der sozialen Ungleichheit in den USA.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad der USA hat 2019 den niedrigsten Stand seit Beginn der Statistik im Jahr 1983 erreicht. Nur noch 10,3 Prozent aller amerikanischen Gehalts- und Lohnempfänger sind Mitglieder von Gewerkschaften. Die Zahl der gewerkschaftlich Organisierten hat sich seit 1983 halbiert und ist selbst im internationalen Vergleich gering.

Niedriglohnarbeiter machen einer Studie vom November vorigen Jahres zufolge 44 Prozent aller Arbeitnehmer der USA aus. Das sind rund 53 Millionen Menschen, die für sich und ihre Familien auf Löhne von etwa zehn Dollar pro Stunde oder knapp 17 000 Dollar pro Jahr angewiesen sind.

Im Januar veröffentlichte die an der Harvard Law School angesiedelte Forschungsgruppe Clean Slate einen Plan, wie die Macht der Arbeitnehmer im Sinne einer gerechteren Wirtschaft und Demokratie gestärkt werden könne. Sie argumentiert, dass die derzeitigen Arbeitsgesetze die

systematische Unterdrückung insbesondere von Niedriglohnarbeitern förderten. Über 70 Wissenschaftler, Gewerkschafter und Ökonomen fordern eine weitreichende Überarbeitung der US-amerikanischen Arbeitsgesetze, um die Mitsprache der Arbeitnehmer zu stärken. In dem Bericht werden neue Gesetze empfohlen, die die gewerkschaftliche Organisierung erleichtern und die Wahl von Arbeitnehmervertretern in die Unternehmensvorstände ermöglichen sollen. Zu den Empfehlungen gehören erweiterte Rechte für Gig-Arbeiter, neue Freizeitregelungen, ein Betriebsrätesystem und branchenweite Tarifverhandlungen.

Die Stärkung der Gewerkschaften sei die effektivste Strategie zur Bekämpfung der sozialen Ungleichheit in den USA: »Das Ringen um die Erhaltung der Demokratie angesichts der extremen Konzentration des Reichtums ist heute dringlich, weil wir in einem historischen Moment leben, in dem sich die großen Unterschiede in der wirtschaftlichen Macht in ebenso schockierende Unterschiede in der politischen Macht übersetzt haben«, heißt es im Bericht.

»Wir sind der festen Überzeugung, dass wir über den Punkt hinaus sind, an den Phänomenen herumzubasteln, dass wir, um die Probleme in unserer Wirtschaft und unserem politischen System wirklich zu lösen, ein grundlegendes Überdenken des Arbeitsrechts brauchen«, sagte Sharon Block, eine der Hauptautorinnen des Berichts und geschäftsführende Direktorin des Labor and Worklife Program an der Harvard Law School, dem britischen Guardian.

Eine weitere zentrale Forderung des Berichts ist die nach Minderheitsgewerkschaften. Sobald 25 Prozent der Beschäftigten in einem Betrieb schriftlich bekunden, dass sie eine bestimmte Gewerkschaft wollen, müsste der Arbeitgeber diese Gewerkschaft anerkennen und mit ihr verhandeln. Dies wäre eine bedeutende Änderung des derzeitigen Systems und hätte die gewerkschaftliche Organisierung wie bei Kickstarter schon viel früher und häufiger ermöglicht.